

ANFRAGE

des Abgeordneten Christofer Ranzmaier
an den Bundeskanzler

betreffend **Schutzfunktion Österreichs für Südtirol während der Corona-Pandemie**

Die Republik Österreich hat sich mit dem Pariser Abkommen 1946 verpflichtet, die Schutzmachtfunktion über die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung Südtirols zu übernehmen. Die Corona-Pandemie stellte diese Schutzverantwortung auf eine harte Probe. In Italien herrschten teils rigorose Einschränkungen, auch auf Ebene der Südtiroler Autonomie, während gleichzeitig die grenzüberschreitenden Verbindungen nach Nordtirol durch Grenzschießungen oder Testpflichten massiv erschwert wurden. Zahlreiche Südtiroler Familien und Berufspendler sahen sich dadurch mit erheblichen Belastungen konfrontiert.

Österreichs Rolle als Schutzmacht und enger historischer Partner Südtirols ist in diesem Kontext besonders kritisch zu beleuchten. Insbesondere stellt sich die Frage, inwieweit Österreich seiner besonderen Verantwortung im Rahmen diplomatischer Initiativen gerecht wurde. Die Pandemie wirft somit auch grundsätzliche Fragen zur praktischen Ausgestaltung der Schutzfunktion in Krisenzeiten auf.

In diesen Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage

1. Hat Ihr Ressort im Zeitraum von 2020 bis 2022 diplomatische Kontakte mit der Republik Italien bzw. mit Institutionen in Südtirol aufgenommen, um auf besondere Herausforderungen der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung während der Pandemie hinzuweisen?
 - a. Falls ja, welche konkreten Gespräche, diplomatischen Noten oder bilateralen Treffen haben in diesem Zusammenhang stattgefunden (bitte unter Angabe von Datum, Ort und Teilnehmern)?
 - b. Welche inhaltlichen Schwerpunkte wurden in diesen diplomatischen oder politischen Kontakten gesetzt?
2. Wurden spezifische Themen wie Einschränkungen der Autonomie, Auswirkungen auf Volksgruppenrechte, Einschränkungen im grenzüberschreitenden Reiseverkehr oder die Verteilung von Impfstoffen thematisiert?
3. Wurde die Schutzfunktion Österreichs im Sinne des Pariser Abkommens im Zusammenhang mit italienischen Pandemiemaßnahmen wie Ausgangssperren, Schulschließungen oder Impfpflichten aktiv eingebracht oder geltend gemacht?
4. Haben österreichische Südtiroler-Organisationen oder die Südtiroler Landesregierung Ihr Ressort kontaktiert oder wurden Sie von diesen konsultiert, um Informationen zur Lage während der Pandemie zu erheben?
5. Wie bewertet Ihr Ressort rückblickend die Wahrnehmung der Schutzfunktion durch die Republik Österreich im Zeitraum der Pandemie?

6. Gab es aus Sicht Ihres Ressorts diplomatischen oder politischen Handlungsbedarf, der nicht oder nur eingeschränkt erfüllt werden konnte?
7. Sind in Ihrem Ressort bzw. auf Ebene der Bundesregierung Planungen im Gange, aus den Erfahrungen der COVID-19-Krise eine neue oder überarbeitete Strategie zum Schutz der Südtiroler Bevölkerung in zukünftigen Krisenfällen zu entwickeln?
 - a. Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen oder Konzepte sind geplant oder in Diskussion?

Fritz
Stein
Karl
Nicolai